

Europabericht

4. Vierteljahr 2012

Open Days Event 2012 in Brüssel

*EU-Townhall-Meeting in Graz – Diskussion mit Viviane Reding und
Michael Spindelegger*

Steirische Termine im Brüssel-Büro

Internationale Kontakte der Steiermark

Europarecht aktuell

Die Perspektiven des EU-Beitritts Kroatiens 2013

Aus dem Ausschuss der Regionen

Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2013

Neue Rechtsakte und Rechtssetzungsvorschläge

GZ: ABT09-34544/2010-987



Das Land
Steiermark

→ Kultur, Europa, Außenbeziehungen



**Sehr geschätzte Abgeordnete zum Landtag Steiermark!
Werte Leserinnen und Leser!**

Der vorliegende Europabericht liefert einen Überblick über die Aktivitäten des Europa-Ressorts im vierten Quartal 2012 sowie Informationen über aktuelle Entwicklungen in der EU.

Im Rahmen von so genannten „Townhall-Meetings“ diskutieren Vertreter der EU-Kommission direkt vor Ort mit den Bürgern über aktuelle Europa-Themen. Am 5. November 2012 war die Vizepräsidentin der EU-Kommission, Dr. Viviane Reding, gemeinsam mit Außenminister Dr. Michael Spindelegger in Graz, um sich den Fragen und Anregungen der steirischen Bevölkerung zu stellen. In der steirischen Europastrategie haben wir uns zum Ziel gesetzt, die Menschen in unserem Land aktiv und sachlich über die EU und aktuelle Entwicklungen auf europäischer Ebene zu informieren. Das Townhall-Meeting der EU-Kommission hat dazu einen wichtigen Beitrag geleistet.

Die Steiermark wurde von der EU als „Europäische Unternehmerregion 2013“ ausgezeichnet. Ich habe daher die Mitglieder der Fachkommission für Wirtschafts- und Sozialpolitik (ECOS) des Ausschusses der Regionen (AdR) eingeladen, die externe Sitzung im Jahr 2013 in Graz abzuhalten. Mein Vorschlag wurde in der Sitzung der ECOS im Dezember einstimmig angenommen, die Sitzung der Fachkommission wird am 27. Juni stattfinden. Am 28. Juni werden wir uns außerdem in einer hochkarätig besetzten internationalen Konferenz mit dem Thema „Wettbewerbsfähige und nachhaltige Automobilindustrie in den Regionen“ beschäftigen. Wir wollen Chancen und Möglichkeiten beleuchten, die Automobilregionen in der kommenden Förderperiode haben werden und diskutieren, welche Rahmenbedingungen die Regionen und Städte schaffen können, um Innovation zu fördern. Die Eröffnungsrede bei der Konferenz wird EU-Regionalkommissar Dr. Johannes Hahn halten.

Ich freue mich außerdem, dass ich vom AdR als Berichterstatter für die Stellungnahme zum Kommissionsentwurf für die künftige Unterstützung der europäischen Automobilindustrie nominiert worden bin. Sowohl die Sitzung der Fachkommission ECOS in Graz als auch die Berichterstattung zu „Cars 2020“ zeigen, dass die Steiermark als innovativer Wirtschaftsstandort international wahrgenommen wird.



Abschließend möchte ich noch auf das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2013 verweisen. Im vorliegenden Europabericht werden vor allem jene Vorschläge angeführt, die für die Steiermark von besonderer Bedeutung sein werden.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Christian Buchmann

Landesrat für Wirtschaft, Europa und Kultur



Inhalt

1a: Die Steiermark in der EU – Thementeil5
Open Days Event 2012 in Brüssel5
EU-Townhall-Meeting in Graz – Diskussion mit Viviane Reding und Michael Spindelegger6

1b: Die Steiermark in der EU – Infoteil7
Steirische Termine im Brüssel-Büro7
Internationale Kontakte der Steiermark9
Europarecht aktuell12

2a: Europa und die Steiermark – Thementeil14
Die Perspektiven des EU-Beitritts Kroatiens 201314
Aus dem Ausschuss der Regionen14
Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 201317

2b: Europa und die Steiermark – Infoteil23
Neue Rechtsakte und Rechtssetzungsvorschläge23



EUROPASTRATEGIE

Die steirische Europastrategie wurde vom Landtag am 27. September 2011 beschlossen. Immer wieder wird im Europabericht über Aktivitäten informiert, die in Umsetzung dieser Strategie erfolgen. Um dies transparenter zu gestalten, macht die nebenstehende Grafik deutlich, dass die beschriebene Initiative Teil der Umsetzung der [Europastrategie](#) ist.

=> www.europa.steiermark.at



1a: Die Steiermark in der EU – Thementeil

Open Days Event 2012 in Brüssel

Im Oktober 2012 fanden bereits zum zehnten Mal die European Open Days des Ausschusses der Regionen statt. Zu diesem jährlich wiederkehrenden Ereignis, das sich ausschließlich der regionalen und städtischen Politik zuwendet und das größte seiner Art in Europa ist, fanden sich etwa 6000 Regionalpolitik-Experten aus ganz Europa in Brüssel ein. Den inhaltlichen Rahmen für die über 120 Veranstaltungen wie Seminare, Workshops und Diskussionen, bildeten neben den allgemeinen Zielen der Europa 2020-Strategie das Thema der Unterstützung für KMU sowie die Territoriale Zusammenarbeit.

Die Steiermark trat in diesem Jahr als Lead Partner in einem aus 10 Regionen bestehendem Konsortium auf. Neben zwei polnischen Regionen, der ungarischen Zentralregion sowie der Stadt Maribor, bestand das Konsortium, entsprechend dem außenpolitischen Schwerpunkt der Steiermark, aus fünf Regionen bzw. lokalen Gebietskörperschaften aus den Ländern des Westbalkans. Gemäß dem Kroatischen-Schwerpunkt 2012 des Landes Steiermark, befasste sich das Konsortium in erster Linie mit dem EU-Beitritt Kroatiens im Juli 2013. Erörtert wurden die damit verbundenen Folgen für regionale Kooperationen einerseits, sowie kleine und mittlere Unternehmen, andererseits.

Die Veranstaltung, mit dem Titel „Towards EU 28: New opportunities versus old obstacles for regional cooperation“ (dt.: In Richtung EU 28: Neue Möglichkeiten versus alte Hindernisse für die regionale Kooperation) fand im EU Verbindungsbüro der Autonomen Provinz Vojvodina (Serbien) mit ca. 100 Teilnehmern statt. Die Diskussionsrunden wurden von Dr. Wolfgang Streitenberger, Senior Berater in der Europäischen Kommission/Generaldirektion Regionalpolitik, moderiert. Den steirischen Beitrag leistete Mag. Claus Tüchler vom Internationalisierungszentrum Steiermark (ICS).

Im ersten Panel standen vor allem die Herausforderungen der KMU hinsichtlich des bevorstehenden EU-Beitritts Kroatiens im Mittelpunkt. Aspekte des grenzüberschreitenden Handels sowie Schwierigkeiten im Rahmen von Projektabwicklungen mit kroatischen Regionen wurden vor Ort diskutiert.

Das zweite Panel befasste sich mit sozio-ökonomischen Faktoren und den regionalen Kooperationen im kulturellen Bereich. Die Diskutanten konzentrierten sich auf die Thematik der regionalen Strategien und der interregionalen Zusammenarbeit in der westlichen Balkanregion. Sie gingen der Frage nach, ob die Erwartungen bisher erfüllt wurden und besprachen in diesem Zusammenhang die gemeinsa-



men Herausforderungen, die zum Teil grenzüberschreitender Natur sind, aber auch die Vorteile der immer enger werdenden regionalen Zusammenarbeit, etwa im Kulturbereich.

[Zum Bericht](#)

EU-Townhall-Meeting in Graz – Diskussion mit Viviane Reding und Michael Spindelegger

Unter dem Motto "Europa mitgestalten" wurden auf Initiative der Vertretung der EU-Kommission in Österreich und des österreichischen Ministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten österreichweit Treffen zwischen Bürgern und politischen Entscheidungsträgern organisiert - sogenannte EU Townhall Meetings. Europaweit werden in allen Mitgliedstaaten ebenfalls derartige Bürgerdialoge durchgeführt. Ziel dieser neuen Diskussionsreihe ist es Anregungen, Sorgen, Wünsche der Bevölkerung an ein gemeinsames Europa in den Mittelpunkt zu stellen und vor Ort Fragen der Bürger und Bürgerinnen zu beantworten.

Im Zuge des EU-Townhall-Meeting in der alten Universität in Graz am 5. November 2012, stellten sich Viviane Reding, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, und Vizekanzler Michael Spindelegger den Fragen des Publikums. Mit Simultandolmetsch und Livestream wurde die Veranstaltung im Internet übertragen. Neben den Wortmeldungen aus dem Publikum wurden auch Fragen über Twitter, Facebook und die Homepage der Veranstalter (Europäische Kommission und Außenministerium) gestellt.

Die Fragen reichten von der griechischen Schuldenkrise über die Finanztransaktionssteuer und die Bankenaufsicht bis hin zu Jugendarbeitslosigkeit und einem möglichen Ausstieg aus der Eurozone. Die gesammelten Vorschläge aus dem EU-Dialog will Vizepräsidentin Reding in einem Bürgerbericht zusammenfassen, der sich dann auch in konkreten neuen Rechtssetzungsvorschlägen wiederfinden soll. Zum Thema Jugendarbeitslosigkeit betonte Vizepräsidentin Reding, dass die Zahl der beschäftigungslosen Jugendlichen in Österreich im Europavergleich relativ gering sei. Daher sei es in Krisenzeiten umso wichtiger und dringlicher, in Bildung und Forschung zu investieren, stellte sie klar.

[Zum Bericht](#)



1b: Die Steiermark in der EU – Infoteil

Steirische Termine im Brüssel-Büro

Es waren im vierten Quartal 2012 folgende Gruppen im Steiermark-Büro in Brüssel zu Besuch, um sich über die EU und die Vertretung der steirischen Interessen vor Ort zu informieren:

01.10.2012: Besuchergruppe aus Admont → Nach einer kurzen Einführung in die grundlegende Thematik der EU wurde schnell das Thema gewechselt und über aktuelle EU-politische Themen diskutiert. So wurden unter anderem die Pros und Contras der EU - wird Österreich von der EU überrannt oder nicht? - diskutiert. Zum Abschluss wurden Arbeitsweise des Steiermark-Büros vorgestellt und besprochen.

05.10.2012: BG/BRG Stainach → Die überaus interessierten Schülerinnen und Schüler kamen gut ausgestattet mit breitem Wissen und waren vor allem neugierig, wie sich die Beteiligung der Steiermark in Brüssel gestaltet. Steirische Belange, angefangen vom Kürbiskernöl bis hin zu den Europäischen Verkehrsnetzwerken mit Koralm- und Semmeringtunnel, wurden ausgiebig thematisiert. Des Weiteren wurden der EU-Rechtsetzungsprozess, die EU-Erweiterung, vor allem im Bereich der Länder des Westbalkans, besprochen.

09.10.2012: Steirische VP-Frauen → Um einen langen Tag mit Terminen im Europäischen Parlament und der Kommission abzuschließen, kam eine Gruppe der steirischen VP-Frauen unter der Leitung von Frau Landtagsabgeordneten Manuela Khom ins Steiermark-Büro. Landesrat Dr. Buchmann, der für die Plenartagung des AdR ebenfalls in Brüssel war, stellte sich der Diskussion über aktuelle europapolitische Fragen. Der Landesrat betonte die Bedeutung der EU-Mitgliedschaft angesichts der aktuellen Diskussionen zur Schuldenkrise einiger Eurostaaten. Der 2. Landtagspräsident Majcen, der zu den Konferenzen der Open Days nach Brüssel gekommen war, schloss sich der Diskussion an.

12.10.2012: WIKU Graz → Die SchülerInnen diskutierten aktuelle EU-Themen sowie die Aufgaben der steirischen Vertretung vor Ort.

22.10.2012: WIKU Graz → Die SchülerInnen des WIKU informierten sich in einem Vortrag eingangs über die EU als Organisation, den europäischen Gesetzgebungsprozess sowie Lobbying in Brüssel.



23.10.2012: WIKU BRG Graz → Nach einem Vortrag über die Tätigkeiten des Steiermark Büros Brüssel wurde mit den SchülerInnen u.a. über den Europäischen Gerichtshof diskutiert und wie sich die Urteile auf den einzelnen Bürger auswirken. Die EU-Erweiterung wurde ebenso diskutiert, etwa ob Länder wie Moldawien oder die Ukraine auch der EU beitreten sollen. Großes Interesse hatten die Schülerinnen und Schüler auch in Bezug auf steirische Belange, insbesondere das Thema Kernöl wurde hier besprochen.

04.12.2012: Grazer Bildungsakademie → Mit der Gruppe der Bildungsakademie wurde insbes. über die Vor- und Nachteile eines EU-Beitritts der Türkei sowie andere aktuelle Themen diskutiert.

Zu den [Berichten](#) über die Besuchergruppen im Steiermark-Büro in Brüssel.

Weitere wichtige Termine des Brüssel-Büros:

Der Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), Mag. Paul Schmidt, traf am 3. Oktober 2012 im Steiermark-Büro in Brüssel zu einem Hintergrundgespräch mit den Vertretern der österreichischen Länderbüros in Brüssel zusammen. Dabei wurden Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen den österreichischen Regionalbüros und der ÖGfE besprochen.

Die Zukunft der Europäischen Landwirtschaftspolitik nach 2014 war Schwerpunkt einer Veranstaltung mit MEP Elisabeth Köstinger am 15. Oktober 2012 im Steiermark-Büro in Brüssel. Die Landwirtschaftsexperten der deutschen und österreichischen Länderbüros berieten vor allem über den Stand der Verhandlungen zur ländlichen Entwicklung. Die österreichische Abgeordnete ist als Schattenberichterstatterin für die Verordnung über die ländliche Entwicklung eine der wichtigsten Verhandlerinnen des Europäischen Parlaments.

Am 30. Oktober 2012 berichtete der Geschäftsführer der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK), Mag. Johannes Rossbacher, im Steiermark-Büro über den Verlauf der Verhandlungen über die zukünftige Europäische Regionalpolitik, die von 2014-2020 zur Anwendung kommen soll. Die endgültige Entscheidung über die Mittelverteilung im Europäischen Haushalt wird allerdings erst nach der Einigung über die finanzielle Vorausschau erfolgen.

Der Arbeitskreis Umwelt der deutschen und österreichischen Ländervertreter in Brüssel tagte am 15. November 2012 im Steiermark-Büro in Brüssel. Die Sitzung war der zukünftigen europäischen Luftqualitätspolitik gewidmet. Der zuständige



Experte der GD Umwelt, Marco Gasparinetti, berichtete über die Pläne der Kommission für das europäische Jahr der Luft 2013. Die Kommission möchte im Herbst 2013 einen Vorschlag für eine neue Europäische Luftqualitätspolitik vorlegen. Die Forderung von AIR (Air quality Initiative of Regions), einem Netzwerk von Regionen mit Problemen bei der Einhaltung europäischer Schadstoffgrenzwerte, dem auch die Steiermark angehört, nach stärkeren Maßnahmen an der Verursacherquelle, dürfte von der Kommission aufgegriffen werden.

Internationale Kontakte der Steiermark

Botschafterbesuch aus Kolumbien

Im Mittelpunkt des Gesprächs am 1. Oktober 2012 zwischen dem Botschafter von Kolumbien, S.E. Freddy José Padilla de León, und Landeshauptmann Franz Voves, standen neben der bewegten Geschichte Kolumbiens, auch die damit verbundenen wirtschaftlichen Herausforderungen und ihre Anknüpfungspunkte für Kolumbien und die Steiermark: Wissenschaft und Forschung.

Unser Partner Russland

Am 2. Oktober 2012 fand in Graz eine Veranstaltung zu Russland mit dem Titel „Unser Partner Russland“ statt, zu der der russische Botschafter in Österreich S.E. Sergey Nechaev begrüßt werden konnte. Schon vor einigen Jahren wurde unter dem Titel „mein Russland“ in der Botschaft der Russischen Föderation in Wien eine eintägige Veranstaltung durchgeführt, die zum Ziel hatte, eine Standortbestimmung Russlands, seiner Menschen, seiner Wirtschaft und Kultur in der Wahrnehmung Westeuropas, vorzugsweise Österreichs, zu machen.

Die Konferenz in Graz nahm dieses Thema wieder auf und bot Russland-Experten aus den Bereichen Wirtschaft, Medien, Kultur und Wissenschaft und Interessierten die Gelegenheit, über die Bedeutung, die Darstellung, das Selbstverständnis und den Eindruck des heutigen Russland zu diskutieren.

Botschafterbesuch aus der Slowakei

Die bisherige gute Zusammenarbeit mit der Region Žilina (Sillein) stand im Vordergrund des Gesprächs S.E. Juraj Macháč mit Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves am 30. Oktober 2012. In dem traditionellen Industriegebiet nördlich von Bratislava hat sich in den vergangenen Jahren ein Autocluster entwickelt. Darüber hinaus bietet die Region wegen ihrer Nähe zur Hohen Tatra ein großes touristisches Potential, das der slowakische Botschafter mithilfe steirischen Know-Hows noch stärker ausschöpfen möchte.





Schwarzmeerkonferenz

Am 9. November 2012 fand im Joanneumsviertel in Graz eine internationale Konferenz zum Thema „Schwarzmeerregion“ statt. Dabei referierten 22 Experten aus den am Schwarzen Meer liegenden Staaten und Regionen, sowie aus Deutschland, Brüssel und Österreich zu politischen, sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen, bildungspolitischen und wissenschaftlichen Themen. Die Schwerpunkte der Betrachtung lagen in universitären Kooperationen, Energiewirtschaft, Wirtschaft allgemein und politischer Brisanz der Region.

Einen wichtigen Beitrag stellten die Haltung und das Engagement der Europäischen Union in diesem geographischen Raum dar, welche durch einen Vertreter der Europäischen Kommission und eine Vertreterin der Versammlung der Regionen Europas (VRE) dargestellt wurden.

Botschafterbesuch aus China

S.E. Bin Zhao, Botschafter der Volksrepublik China, stattete am 19. November 2012 Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves einen Antrittsbesuch ab, um die bestehenden erfolgreichen Kontakte zwischen der Steiermark und den Partnerregionen Guizhou und Jiangsu, vor allem in den Bereichen Wirtschaft (Autocluster) und Tourismus, zu intensivieren.

Botschafterbesuch aus Indonesien

Am 28. November 2012 besuchte der neu akkreditierte Botschafter Indonesiens S.E. Rachmat Budiman Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves einen Antrittsbesuch ab. Neben der Vertiefung der Kooperation in den Bereichen Tourismus und Green Technology hob der Botschafter hervor, dass auch zahlreiche Studierende und Doktoranden aus seinem Land in die Steiermark kommen und somit zu einem Austausch von praxisorientiertem Fachwissen beitragen können.

Delegation aus Lublin (Polen)

Am 29. und 30. November 2012 wurde eine Delegation aus Lublin, bestehend aus Vertretern des Marschallamtes der Abteilung für Internationale Beziehungen, Abteilung für Investitionen und Außenhandel sowie Abteilung für Landwirtschaft, empfangen. Schwerpunkt der Gespräche mit der Landwirtschaftskammer und dem ICS lagen im Know-How-Transfer bezüglich Regionalvermarktung und erneuerbare Energien.

Delegation aus Jaroslawl (Russland)

Am 6. Dezember 2012 besuchte eine Delegation aus Jaroslawl (Russland) die Steiermark bereits zum zweiten Mal. Der Anlass des Besuches war es, auf parlamentarischer Ebene einen Kooperationsvertrag zu unterzeichnen. Landtagspräsident



Majcen lud dazu zu einem groß angelegten Arbeitsgespräch in den Rittersaal, an dem auch Abgeordnete beider Länder sowie SpitzenbeamtlInnen teilnahmen.

Delegation aus der Vojvodina (Serbien)

Der Minister für Internationales und Selbstverwaltung von Serbiens Autonomer Provinz Vojvodina, Branislav Bugarski, kam von 18. – 19. Dezember 2012 zu einem Kurzbesuch in die Steiermark. Die Vojvodina, die als „Serbiens Lokomotive am Weg in die EU“ und als Region mit der stärksten Wirtschaftskraft des Landes gilt, ist mit der Steiermark seit 2003 durch eine Wirtschaftspartnerschaft und seit 2009 durch eine Kooperation der Landesparlamente verbunden. In den Gesprächen mit Herrn Landesrat Dr. Christian Buchmann und Herrn Landtagspräsident Franz Majcen wurde die Intensivierung künftiger Kooperationen bekundet. Für 2013 ist die Unterfertigung eines Arbeitsabkommens zwischen der Regierung der Autonomen Provinz Vojvodina und der Steiermärkischen Landesregierung in Planung.

Delegation aus der Region Guizhou/China

Seit über 25 Jahren unterhält die Steiermark eine Partnerschaft mit Guizhou, einer Region im Südwesten Chinas. Anfang Dezember 2012 besuchte eine sechsköpfige Delegation der Partnerregion die Steiermark und intensivierte in zahlreichen Gesprächen mit Verantwortlichen aus Wirtschaft, Politik, Kultur und Wissenschaft, die bereits bestehenden guten Beziehungen.

Zu den [Berichten](#) über die internationalen Kontakte der Steiermark.



Europarecht aktuell

RECHTSANPASSUNG IN DER STEIERMARK

[Verordnung](#) der Steiermärkischen Landesregierung vom 6. Dezember 2012, mit der bautechnische Anforderungen festgelegt werden (Steiermärkische Bautechnikverordnung 2012 – StBTV 2012), LGBl. Nr. 120/2012, in Umsetzung der Richtlinie 2010/31/EU des europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Mai 2010 über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (Neufassung), ABl. L 153 vom 18. Juni 2010, S. 13; Diese Verordnung wurde unter Einhaltung der Bestimmungen der Richtlinie des Rates 98/34/EWG über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft, in der Fassung der Richtlinie 2006/96/EG, notifiziert.

[Gesetz](#) vom 16. Oktober 2012 über Krankenanstalten in der Steiermark (Stmk. Krankenanstaltengesetz 2012 – StKAG), LGBl. Nr. 111/2012, in Umsetzung der Richtlinie 2002/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Januar 2003 zur Festlegung von Qualitäts- und Sicherheitsstandards für die Gewinnung, Testung, Verarbeitung, Lagerung und Verteilung von menschlichem Blut und Blutbestandteilen und zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG, ABl. Nr. L 33 vom 8. Februar 2003, S. 30 und der Richtlinie 2004/33/EG zur Durchführung der Richtlinie 2002/98/EG hinsichtlich bestimmter technischer Anforderungen für Blut und Blutbestandteile, ABl. Nr. L 91 vom 30. März 2004, S. 25.

VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN MIT STEIERMARK-BEZUG

Verstoß gegen die Richtlinie 99/30/EG bzw. Richtlinie 2008/50/EG über Luftqualität und saubere Luft für Europa hinsichtlich der PM₁₀-Grenzwerte in Graz (Vertragsverletzungsverfahren 2008/2183)

Laut Artikel 13 Absatz 1 der Richtlinie 2008/50/EG stellen die "Mitgliedstaaten [...] sicher, dass überall in ihren Gebieten und Ballungsräumen die Werte für Schwefeldioxid, PM₁₀, Blei und Kohlenmonoxid in der Luft die in Anhang XI festgelegten Grenzwerte nicht überschreiten." In Anhang XI der Richtlinie 2008/50/EG sind zwei Arten von Grenzwerten für PM₁₀ festgelegt: Einer für die Konzentration pro Kalenderjahr in Höhe von 40 µg/m³ und einer für die Konzentration pro Tag in Höhe von 50 µg/m³, die nicht öfter als 35-mal im Kalenderjahr überschritten werden darf.

Feinstaub:
Noch keine Entscheidung der Kommission



Die Europäische Kommission hatte eine Fristverlängerung für die Einhaltung der PM_{10} Grenzwerte für den Raum Graz bis zum 11. Juni 2011 unter der Bedingung genehmigt, dass ein modifizierter Luftqualitätsplan erarbeitet und der Kommission übermittelt wird. Dieser wurde der Kommission übermittelt und wird seitdem geprüft.



2a: Europa und die Steiermark – Thementeil

Die Perspektiven des EU-Beitritts Kroatiens 2013

Im Oktober 2012 fand im Europäischen Parlament in Brüssel eine politische Diskussionsveranstaltung statt. Zusammen mit Regionen aus den Partnerländern Österreich, Italien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Montenegro, und FYR Mazedonien, wurde unter dem Vorsitz Jelko Kacins, Abgeordneter des Europäischen Parlaments, eine Debatte über die Perspektiven des EU-Beitritts Kroatiens 2013, sowie der regionalen Zusammenarbeit und der Zukunft der EU-Integration des Westbalkans, geführt. Die Veranstaltung bot die Gelegenheit für politische Vertreter aus den Regionen der EU Mitgliedsstaaten sowie Kandidaten- und potenziellen Kandidatenländern, den EU-Beitritt Kroatiens 2013 und die damit verbundenen Auswirkungen auf die zukünftige wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Regionen zu erörtern. Des Weiteren waren auch die nächsten Schritte in der politischen Entwicklung im Westbalkan, vor allem hinsichtlich der Stärkung des EU-Integrationsprozesses, zentrales Thema.

Die Steiermark wurde von Landtagspräsident Franz Majcen vertreten. In seiner Rede betonte er die guten Beziehungen zwischen der Steiermark und Kroatien, sowohl in politischer, als auch wirtschaftlicher Hinsicht. Die Steiermark, aktiver Akteur auf europäischer Ebene, war und ist Partner Kroatiens auf seinem Weg in die EU. Trotz der Erfolgsgeschichte Kroatiens auf seinem Weg in die EU, gibt es für das Land bis zu seinem Beitritt noch die eine oder andere Hürde zu meistern. Kroatien kann auf seinem Weg zur Mitgliedschaft nach wie vor auf die Unterstützung aus der Steiermark zählen, wenn es darum geht, den Herausforderungen erfolgreich zu begegnen. Präsident Majcen betonte dabei aber auch die partnerschaftlichen Beziehungen zu den übrigen Ländern bzw. Regionen im Westbalkan, allen voran mit der Autonomen Provinz Vojvodina (Serbien) oder Sarajevo (BiH).

Aus dem Ausschuss der Regionen

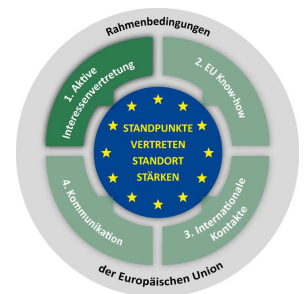
97. PLENARTAGUNG 09.10. – 10.10.2012

Das Oktober-Plenum des AdR war einerseits geprägt von der Eröffnung der mittlerweile zum zehnten Mal stattfindenden Open Days in Brüssel. Diese alljährliche Veranstaltung befasst sich mit der regionalen und städtischen Politik und ist die größte ihrer Art in ganz Europa. Dieses Jahr wurden über 120 Seminare und Work-



shops angeboten, die sich mit den Themen intelligentes und grünes Wachstum, Unterstützung der KMU sowie der territorialen Zusammenarbeit befassten.

Neben den Open Days fanden jedoch auch wie gewöhnlich, die inhaltlichen Arbeiten des Ausschusses der Regionen in der Verabschiedung zahlreicher Stellungnahmen zu so wichtigen Themen wie EU-Haushalt, Beihilferegelungen und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen, Platz. Die Steiermark war durch Landesrat Dr. Christian Buchmann in Brüssel vertreten. Für die österreichische Delegation stellte sich insbesondere die Stellungnahme zum mehrjährigen Finanzrahmen als interessant heraus, die weitgehend mit den österreichischen Forderungen im Einklang stand. Das zweite große Thema aus österreichischer Sicht war die Stellungnahme zur Überarbeitung der Richtlinie über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors und offenen Daten, da zu diesem Richtlinienentwurf der Europäischen Kommission eine ausführliche einheitliche Länderstellungnahme existiert, die sich sehr kritisch mit den Plänen der Kommission auseinandersetzt. Kritikpunkte sind insbes. die Ausdehnung des Anwendungsbereiches auf Museen und Archive sowie deren Folgen, die Einschränkung der Tarifgestaltung, die fehlende Föderalität der überprüfenden Stellen sowie die kurze Umsetzungsfrist. Die vorgebrachten Bedenken fanden durch die Einbringung von zahlreichen Änderungsanträgen der österreichischen Delegation in die Stellungnahme des AdR Eingang.



98. PLENARTAGUNG / 29.11. – 30.11.2012

Im November stand das AdR-Plenum im Zeichen der Modernisierung des EU-Beihilfenrechts, der Wasserpolitik sowie der Zukunft der Kulturhauptstädte Europas. Die Überarbeitung des EU-Beihilfenrechts, die durch die Europäische Kommission vorangetrieben wurde, wird in der Stellungnahme des AdR grundsätzlich begrüßt. Die Modernisierung des Regelungsrahmens für Beihilfen verfolgt drei Ziele: die Förderung eines nachhaltigen, intelligenten und integrativen Wachstums in einem wettbewerbsfähigen Binnenmarkt, die Verlagerung der Beihilfenkontrolle durch die Kommission auf die Durchsetzung von Fällen mit besonders starken Auswirkungen auf den Binnenmarkt und die Straffung des Verfahrens. Diese Anliegen sind auch aus österreichischer und steirischer Sicht zu unterstützen. Die Stellungnahme zu den prioritären Stoffen im Bereich der Wasserpolitik wurde durch österreichische Beteiligung deutlich verbessert, da auf die erheblichen Kosten einer sofortigen Hinzufügung bestimmter Arzneimittelstoffe in die Liste der prioritären Stoffe aufmerksam gemacht wurde. In der Liste der prioritären Stoffe wurden die "prioritären gefährlichen Stoffe" besonders hervorgehoben,



die toxisch, bioakkumulierend sind oder vergleichbaren Anlass zur Besorgnis geben. Die Einleitungen und Emissionen dieser Stoffe sollen innerhalb eines bestimmten Zeitraums ganz eingestellt werden, sodass sie langfristig nicht mehr in Gewässern auftreten. Dies sei zu unterstützen, jedoch sollte genügend Zeit für die Umsetzung der Richtlinie bestehen. Ein weiteres wichtiges Thema war die Zukunft der Kulturhauptstädte im Zeitraum 2020 bis 2033. Die Stellungnahme wurde von Wien (Frau Dr. Elisabeth Vitouch) ausgearbeitet und einstimmig durch das Plenum angenommen. Es wurde in der Stellungnahme insbesondere der weitgehenden Berücksichtigung lokaler und regionaler Akteure Wichtigkeit beigemessen und ein Bekenntnis zur Initiative „Kulturhauptstadt Europa“ als eine der ambitioniertesten, weitreichendsten und wirksamsten Maßnahmen der EU im Kulturbereich ausgesprochen. Die Steiermark wurde im November erneut durch Landesrat Dr. Christian Buchmann in Brüssel vertreten.

Zu den [Dokumenten](#) der Plenartagungen.

16. SITZUNG DER FACHKOMMISSION ECOS (FACHKOMMISSION FÜR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK) AM 14.12.2012

Landesrat Dr. Christian Buchmann hat die Steiermark bei der 16. Sitzung der Fachkommission ECOS in Brüssel vertreten. Die Themen der Fachkommissionssitzung standen auch ganz im Zeichen der Europapolitik der Steiermark, wie beispielsweise die Förderung von Arbeitsplätzen sowie die Stärkung der Automobilindustrie.

Ein weiteres großes Thema anlässlich der Sitzung der Fachkommission war der Entwurf einer Stellungnahme zur besseren Governance im Binnenmarkt. Der Berichterstatter unterstützt in seinem Entwurf einer Stellungnahme das Bestreben der Europäischen Kommission, durch effiziente Maßnahmen den Binnenmarkt schnell weiterzuentwickeln, ihn zu vollenden und ihn stringenter zu gestalten. Die Stellungnahme nimmt auf das im Herbst 2012 vorgelegte [zweite Binnenmarktpaket](#) der Kommission Bezug und verweist auf die darin aufgeführten Maßnahmen, die die Wachstumsbeschleunigung zum Ziel haben.

Weiters hatte sich die Steiermark um die Organisation einer auswärtigen Sitzung der Fachkommission ECOS sowie einer Konferenz zum Thema „Wettbewerbsfähige und nachhaltige Automobilindustrie in den Regionen“ beworben. In Ihrer Dezember Sitzung sprach sich die Fachkommission ECOS dafür aus, ihre externe Sitzung Ende Juni 2013 in Graz abzuhalten. Der Vorschlag von Landesrat Dr. Buchmann zu dieser Arbeitsreise in die Steiermark wurde einstimmig angenommen.



Ausschlaggebend für die Entscheidung war einerseits, dass die Steiermark 2013 Europäische Unternehmerregion ist. Andererseits wird sich der AdR 2013 erneut intensiv mit Fragen der Wirtschaftspolitik für die Automobilindustrie befassen, einem der traditionellen Stärkefelder der Steiermark. Der Sektor sichert aktuell über 40.000 Arbeitsplätze in der Region. Einmal jährlich trifft sich die FK ECOS anstatt in Brüssel in der Herkunftsregion eines der Mitglieder. Neben der fachlichen Arbeit zur Koordinierung der aktuellen Stellungnahmen zu Themen der europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik wird man sich in Graz mit den Automobilregionen der Zukunft befassen. Man wird gemeinsam mit Vertretern der Industrie der Frage nachgehen, welchen Beitrag die Regionen für eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Automobilindustrie leisten können.

Die FK ECOS hat in dieser Sitzung – ebenfalls einstimmig – LR Buchmann damit beauftragt, die Stellungnahme des AdR zu „CARS 2020 – Aktionsplan für eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Automobilindustrie in Europa“ als Berichterstatter zu erarbeiten.

Zu den [Dokumenten](#) der Sitzung der Fachkommission ECOS.

Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2013

Die Europäische Kommission legt ein jährliches Arbeitsprogramm vor. Das aktuelle [Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission](#) für 2013 setzt sich zum Ziel, die bereits begonnenen Reformen zur Überwindung der Wirtschaftskrise weiter anzutreiben. Ziel sei es, die Europäische Union wieder auf einen von Nachhaltigkeit geprägten Wachstumspfad zurückzuführen. Es sei hierfür wichtig, dass die Europäische Union im internationalen Wettbewerb bestehen kann. Es werde somit daran gearbeitet, den Binnenmarkt unternehmerfreundlicher zu gestalten, neue Qualifikationen am Arbeitsmarkt herauszubilden sowie stabile makroökonomische Verhältnisse durch eine echte Wirtschafts- und Währungsunion zu schaffen. Ein weiteres Augenmerk werde dabei auf ressourceneffizientes Wirtschaften gelegt. In den Verhandlungen werde außerdem auf länderspezifische Verhandlungsmandate gesetzt, mit denen sichergestellt werden kann, dass die mit EU-Mitteln geförderten Prioritäten Wachstum und Beschäftigung fördern.

Die nachfolgende Auflistung bietet einen Überblick über die wichtigsten Rechtssetzungsvorschläge der Europäischen Kommission, die für das Jahr 2013 vorgese-





hen sind, die in der Steiermark zu Umsetzungsmaßnahmen führen bzw. die steirische Politik wesentlich beeinflussen werden.

Binnenmarkt, Wettbewerb, Steuern, Wirtschafts- und Währungspolitik

<p>Die Fonds des Gemeinsamen Strategischen Rahmens und die wirtschaftspolitische Steuerung in der EU</p>	<p>Nichtlegislative Maßnahme</p>	<p>In der diesbezüglichen Mitteilung wird analysiert werden, wie die GSR-Fonds zur wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU beitragen können, welche Rolle sie bei der Stärkung des Wachstums spielen können, und wie wichtig ein solider makroökonomischer Rahmen für eine effiziente Verwendung der Fonds ist. Außerdem wird in der Mitteilung aufgezeigt werden, welche Zusammenhänge zwischen den GSR-Fonds und den wirtschaftspolitischen Steuerungsverfahren bestehen und welche makroökonomischen Auflagen es geben wird.</p>
<p>Länderspezifische Verhandlungsmandate für den Gemeinsamen Strategischen Rahmenfonds für den Zeitraum 2014-2020</p>	<p>Nicht-Legislativmaßnahme</p>	<p>Durch diese Dokumente sollen im Hinblick auf die Annahme der Partnerschaftsabkommen die vorrangigen Ziele der Mitgliedstaaten bei den öffentlichen Investitionen in den nächsten sieben Jahren geformt werden.</p>
<p>Modernisierung der staatlichen Beihilfen: allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung (VO Nr. 800/2008)</p>	<p>Legislativmaßnahme</p>	<p>Durch die allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung sind optimale Bedingungen für staatliche Beihilfen geschaffen worden, die von der Meldepflicht ausgenommen wurden, damit sie mit dem Binnenmarkt vereinbar sind. Dadurch sinkt die Verwaltungslast der nationalen Behörden. (4. Quartal 2013)</p>
<p>Modernisierung der staatlichen Beihilfen in Schlüsselsektoren</p>	<p>Nicht-Legislativmaßnahme</p>	<p>Überprüfung der Vereinbarkeitskriterien aus den Leitlinien für Beihilfen für die Bereiche Forschung, Entwicklung, Innovation (Risikokapitalbeihilfen, regionale Beihilfen, Umweltbeihilfen, Rettungs- und Umstruk-</p>



		turierungsbeihilfen für die Industrie und Beihilfen für Flughäfen und Fluggesellschaften). Dadurch soll die EU-Strategie für mehr Wirtschaftswachstum unterstützt, die Ausrichtung des Legislativrahmens der Kommission verfeinert und die Beschlussfassung in der Kommission beschleunigt werden.
Zugang zu regulierten Berufen	Nicht-Legislativmaßnahme	Bestandsaufnahme der jüngsten Entwicklungen in den Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der regulierten Berufe und Ausarbeitung einer Methodik zur Erleichterung der gegenseitigen Begutachtungen, die im Vorschlag zur Modernisierung der Richtlinie über Berufsqualifikationen vorgesehen sind und hauptsächlich auf die Beseitigung von Zugangsbeschränkungen (Qualifikationen und vorbehaltene Tätigkeiten abstellen)

Beschäftigung und Sozialpolitik

Soziale Investitionen für Wachstum und Kohäsion – u.a. durch Umsetzung des ESF 2014-2020	Nicht-Legislativmaßnahme	Vorgabe von Leitlinien für die Verbesserung der Effizienz, Wirksamkeit und Eignung von Sozialschutzsystemen; Verbesserung der Aktivierungs- und Förderpolitik; soziale Inklusion und angemessener Lebensunterhalt. Mit der Mitteilung sollen Beiträge zur Umsetzung der Strategie „Europa 2020“ bzw. zum „Europäischen Semester“ und zur Entwicklung sozialer Investitionen in den NRP geleistet und die Mitgliedstaaten dabei unterstützt werden, EU-Mittel und insbesondere ESF-Mittel optimal zu verwenden.
Integration der Roma	Soft Law	Empfehlung der Kommission für eine bessere Umsetzung der nationalen Strategien zur Integration der Roma auf der Grundlage der Arbeiten einer geografisch ausgewogenen Pilotgruppe aus Vertretern der Mit-



		gliedstaaten, in der die unterschiedlichen Situationen, in denen sich Roma in der EU befinden, ausgewogen repräsentiert sind, und bewährte Praktiken und effiziente Ansätze für die Integration der Roma ausarbeiten soll.
--	--	--

Forschung, Technologische Entwicklung und Raumfahrt

Vorschläge für eine verstärkte Förderung von Partnerschaften im Forschungs- und Innovationsbereich im Rahmen des Programms „Horizont 2020“	Nicht-Legislativmaßnahme	Koordinierung von Investitionen und Zusammenlegungen in wichtigen Industriebereichen und bei der globalen Entwicklungshilfe durch Schaffung oder Erneuerung von Partnerschaften zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor. Im Rahmen dieser Partnerschaften sollen umfangreiche privatwirtschaftliche Investitionen in zentralen Industriebereichen (Pharmaindustrie, Energie, Verkehr, Luftfahrt, Elektronik, Flugverkehrsmanagement und Bioprodukte) koordiniert werden. Die Initiative schließt auch Partnerschaften zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor ein, die zur gemeinsamen Umsetzung nationaler Forschungsprogramme dienen und die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie steigern sollen.
Internationalisierung der Hochschulbildung	Nicht-Legislativmaßnahme	Die EU-Bürger müssen auf einen zunehmend globalen, offenen und wettbewerbsorientierten Arbeitsmarkt vorbereitet sein. Die Hochschulen der EU stehen, was die Anziehung von Begabten und den Austausch von Wissen anbelangt, in einem immer stärker werdenden Wettbewerb. In der Mitteilung werden verschiedene politische Strategien und Programme analysiert, durch die die Hochschulen bei der Verstärkung ihrer Internationalisierungsbemühungen unterstützt werden können.



Umwelt, Energie und Katastrophenschutz

<p>EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel</p>	<p>Legislativmaßnahme / Nicht-Legislativmaßnahme</p>	<p>Wirksamer Beitrag zu einem klimaresistenteren Europa. Verstärkung der Vorsorgemaßnahmen und der Möglichkeiten zur Bewältigung negativer Auswirkungen des Klimawandels in der EU sowie in ihren Mitgliedstaaten und Regionen.</p>
<p>Neuer Klima- und Energierahmen für den Zeitraum bis 2030</p>	<p>Legislativmaßnahme / Nicht-Legislativmaßnahme</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Senkung der Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2050 um 80 bis 95 % gegenüber dem Stand von 1990; - Förderung einer langfristigen Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit - Schaffung einer Langzeitperspektive für Investitionen bis 2020
<p>Überprüfung der thematische Strategie zur Luftreinhaltung und der einschlägigen Rechtsvorschriften</p>	<p>Legislativmaßnahme</p>	<p>Diese Initiative dient zur Bewertung der Umsetzung und der Ergebnisse der geltenden Politik zum Thema Luftreinhaltung und Luftqualität und wird mehrere Rechtsvorschriften zum Thema Luftqualität einschließen. Ziel ist ein verbesserter Schutz gegen die Auswirkungen der Luftverschmutzung auf die menschliche Gesundheit und auf die Umwelt als Beitrag zur Strategie „Europa 2020“.</p>
<p>Umweltklima- und Energiebewertungsrahmen für eine sichere Gewinnung von nicht konventionellem Kohlenwasserstoff</p>	<p>Legislativmaßnahme / Nicht-Legislativmaßnahme</p>	<p>Im Rahmen dieser auf den geltenden Rechtsvorschriften der EU aufbauenden Initiative soll ausgelotet werden, wie Möglichkeiten zur Diversifizierung der Energieversorgung und zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit – beispielsweise durch die Gewinne von nicht konventionellem Gas – genutzt werden können. Der Rahmen soll für gleiche Bedingungen in der gesamten EU und für Klarheit und Vorhersagbarkeit auf Seiten der Marktteil-</p>



		nehmer und der Bürger – auch in Bezug auf Explorationsprojekte – sorgen und in vollem Umfang den Treibhausgasemissionen und dem Umgang mit Klima- und Umweltrisiken entsprechend den Erwartungen der Öffentlichkeit Rechnung tragen.
--	--	--

Allgemeines (insb. Rechtsangleichung, Nicht-Diskriminierung, Unionsbürgerschaft, Verwaltungszusammenarbeit)

Initiative zur elektronischen Rechnungsstellung im öffentlichen Beschaffungswesen	Legislativmaßnahme	Um der Fragmentierung des Binnenmarkts entgegenzuwirken, soll im B2G-Bereich der Umstieg auf eine elektronische Rechnungsstellung gefördert und die Interoperabilität zwischen den verschiedenen nationalen elektronischen Rechnungsstellungssystemen verbessert werden. Durch die Automatisierung der Rechnungsstellungsverfahren könnten die Betriebskosten von Unternehmen und die Beschaffungskosten von Behörden verringert werden. (2. Quartal 2013)
---	--------------------	--



2b: Europa und die Steiermark – Infoteil

Neue Rechtsakte und Rechtssetzungsvorschläge

Das Europaressort versendet wöchentlich eine nach Themen gegliederte Übersicht der neuen Rechtsakte, die im Amtsblatt der EU veröffentlicht werden. Alle Newsletter mit den neuen Rechtsakten finden Sie [hier](#).

Für die vollständige Aufzählung der Rechtssetzungsvorschläge klicken Sie [hier](#).

Im Folgenden werden die wichtigsten Rechtsakte und Rechtssetzungsvorschläge, die für die Steiermark von Relevanz sind, zusammengefasst:

NEUE RECHTSAKTE

BINNENMARKT, WETTBEWERB, STEUERN, WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSPOLITIK

[Verordnung](#) (EU) Nr. 1024/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Verwaltungszusammenarbeit mit Hilfe des Binnenmarkt-Informationssystems und zur Aufhebung der Entscheidung 2008/49/EG der Kommission („IMI-Verordnung“)

[Paket](#) für Forschung, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit/Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Programm für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für kleine und mittlere Unternehmen (2014-2020)

LANDWIRTSCHAFT UND FISCHEREI

[Durchführungsverordnung](#) (EU) Nr. 901/2012 der Kommission vom 2. Oktober 2012 zur Eintragung einer Bezeichnung in das Register der geschützten Ursprungsbezeichnungen und der geschützten geografischen Angaben (Štajersko prekmursko bučno olje (g.g.A.))

[Verordnung](#) (EU) Nr. 1028/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates hinsichtlich der Betriebsprämienregelung und der Unterstützung für Weinbauern

[Durchführungsverordnung](#) (EU) Nr. 1185/2012 der Kommission vom 11. Dezember 2012 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 607/2009 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 479/2008 des Rates hinsichtlich der geschützten Ursprungsbezeichnungen und geografischen Angaben, der traditionel-



len Begriffe sowie der Kennzeichnung und Aufmachung bestimmter Weinbauerzeugnisse

[Verordnung](#) (EU) Nr. 1151/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. November 2012 über Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel

[Verordnung](#) (EU) Nr. 1152/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. November 2012 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2371/2002 des Rates über die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der Fischereiressourcen im Rahmen der gemeinsamen Fischereipolitik

UMWELT, ENERGIE UND KATASTROPHENSCHUTZ

[Richtlinie](#) 2012/27/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 zur Energieeffizienz, zur Änderung der Richtlinien 2009/125/EG und 2010/30/EU und zur Aufhebung der Richtlinien 2004/8/EG und 2006/32/EG

ALLGEMEINES (INSB. RECHTSANGLEICHUNG, NICHT-DISKRIMINIERUNG, UNIONSBÜRGERSCHAFT, VERWALTUNGSZUSAMMENARBEIT)

[Beschluss](#) Nr. 1093/2012/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. November 2012 über das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger (2013)

NEUE RECHTSSETZUNGSVORSCHLÄGE

BINNENMARKT, WETTBEWERB, STEUERN, WIRTSCHAFTS- UND

WÄHRUNGSPOLITIK

[Mitteilung](#) der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen/Eine stärkere europäische Industrie bringt Wachstum und wirtschaftliche Erholung – Aktualisierung der Mitteilung zur Industriepolitik

[Entwurf](#) des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2013/Allgemeine Einleitung/Gesamteinnahmen/Einnahmen und Ausgaben nach Einzelplänen

[Mitteilung](#) der Kommission/Ein Konzept für eine vertiefte und echte Wirtschafts- und Währungsunion: Auftakt für eine europäische Diskussion

[Mitteilung](#) der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen/CARS 2020: Ein Aktionsplan für eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Automobilindustrie in Europa



[Vorschlag](#) für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 994/98 des Rates vom 7. Mai 1998 über die Anwendung der Artikel 92 und 93 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft auf bestimmte Gruppen horizontaler Beihilfen und der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße

[Mitteilung](#) der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen/Binnenmarktakte II/Gemeinsam für neues Wachstum

LANDWIRTSCHAFT UND FISCHEREI

[Arbeitsunterlage](#) der Kommission/Bericht über die Erfahrungen der Mitgliedstaaten mit der Richtlinie 2009/41/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 über die Anwendung genetisch veränderter Mikroorganismen in geschlossenen Systemen (Neufassung), betreffend den Zeitraum 2006-2009

[Änderung des Vorschlags](#) COM(2011) 628 final/2 der Kommission für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik

[Änderung des Vorschlags](#) COM(2011) 625 final/3 der Kommission für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit Vorschriften über Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen von Stützungsregelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik

[Änderung des Vorschlags](#) COM(2011) 626 final/3 der Kommission für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse (Verordnung "Einheitliche GMO")

[Vorschlag](#) für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2001/110/EG des Rates über Honig

AUSWÄRTIGES HANDELN - HANDELPOLITIK, ZUSAMMENARBEIT MIT DRITTLÄNDERN, HUMANITÄRE HILFE

[Mitteilung](#) der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat/Wichtigste Ergebnisse des umfassenden Monitoring-Berichts über den Stand der Vorbereitung Kroatiens auf die EU-Mitgliedschaft

[Mitteilung](#) der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat/Erweiterungsstrategie und wichtige Herausforderungen 2012-2013



KULTUR, BILDUNG, JUGEND UND SPORT

[Mitteilung](#) der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen/Junge Menschen in Beschäftigung bringen

ALLGEMEINES (INSB. RECHTSANGLEICHUNG, NICHT-DISKRIMINIERUNG, UNIONSBÜRGERSCHAFT, VERWALTUNGSZUSAMMENARBEIT)

[Vorschlag](#) für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 im Hinblick auf die Finanzierung europäischer politischer Parteien

[Bericht](#) der Kommission/29. Jahresbericht über die Kontrolle der Anwendung des EU-Rechts (2011)

[Vorschlag](#) für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Gewährleistung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern unter den nicht geschäftsführenden Direktoren/Aufsichtsratsmitgliedern börsennotierter Gesellschaften und über damit zusammenhängende Maßnahmen